

für Halle dreimonatlich 2,50 M., bei  
vierteljährlicher Anstellung 2,75 M. Durch  
die Post 3,25 M., enthält Postgebühren  
Schleier, Postgebühren werden von allen  
Bezugsstellen angenommen.  
Im amtlichen Zeitungs-Bezugspreis  
unter „Saale-Beitung“ eingetragene  
für unvollständliche Exemplare  
und keine Gewähr übernommen.  
Abdruck nur mit Genehmigung;  
„Saale-Beitung“ gestattet.

# Saale-Beitung.

weder die Spaltenzahl oder deren  
Raum mit 20 Bl., welche mit Saale mit  
20 Bl. berechnet und in der Spalten-  
zahl, von anderen Anzeigenstellen  
und allen Anzeigen-Verordnungen an-  
genommen. Resten die Zeile 75 Bl.  
Escheit wöchentlich fünfmal;  
Samstag und Sonntag einmal,  
sonst je nach Bedarf.

Dr. 5.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 4. Januar

1906.

Dreizehnter Jahrgang.

## Zimmer noch kein Ende der Krisis.

Die blutige Wühlpaltung, welche die Einwohner von  
Debrezsin ihrem Oberhaupt Kovacs haben angedeihen  
lassen und die Repressalien, die daraufhin von der ungarischen  
Regierung verhängt worden — von einer Regierung,  
die verfassungswidrig besteht — zeigen den Ernst der Krisis,  
die sich nun in akutem Stadium bereits in das zweite Jahr  
hineinzieht. Die Neujahrsreden Andrássy und Kossuths,  
und der Bericht der Unabhängigkeitspartei, die Nationalität-  
partei, insbesondere die rumänische, auf die Seite der Koalition-  
sparteien herüberzuziehen, sind gleichfalls augenfällig  
charakteristisch für die Spannung, deren Lösung immer  
wieder vertagt wurde und deren Befreiung noch in weiter  
ferne zu liegen scheint. Ungarn befindet sich im Zustande  
der „positiven Negativität“, aber diese Negativität geht nicht von  
den Vertretern des Volkes aus, sondern von der Krone,  
die keine Rücksicht gegenüber dem nationalen Volks-  
willen zeigen mag. Fejérvary hat den Gedanken des all-  
gemeinen Wahlrechts in die Diskussion geworfen. Er hofft  
durch das allgemeine Stimmrecht ein neues Parlament  
schaffen zu können, das sich der Stellung der Krone mehr  
annähert. Aber Kaiser Franz Josef ist mit Recht befohr,  
das die allgemeine Wahlrecht in Ungarn kein Mittel  
sein werde und ein Vergleich mit dem analogen Verfahren  
in Deutschen Reiches mag ihm nachdenklich und besorgt machen.

In Deutschland wurde das allgemeine Wahlrecht zu  
einer Zeit eingeführt, als die liberale Bewegung auf einen  
Schnittpunkt gelangt war. Es kam durch die allgemeinen  
Wahlen im norddeutschen Bunde und Deutschen Reiches  
zunächst Vertreter des liberalen Bürgertums in das  
Parlament, diejenigen Kreise, die bis dahin als Gegen-  
gewicht gegen die konservativen Tendenzen in den  
konservativen Gruppen zur Bildung der nationalen Einheit  
brauchte. Seitdem ist die Entwicklung weiter vorwärts  
geschritten, nicht nur im Deutschen Reiches, sondern auch  
natürlich in Ungarn. Die Verleihung des allgemeinen  
Wahlrechts würde in Ungarn ganz überwiegend der  
radikalen Proletariatsorganisation zugute kommen, während  
dieserjenige Elemente, auf welche die Regierung eigentlich  
hofft, wohl kaum in ausgiebiger Zahl in das Parlament  
gemäß werden würden. Die Krone würde sich neben der  
Opposition des ungarischen Feudalismus noch eine zweite  
Opposition, diejenige des proletarischen Massenbewusstseins,  
gegenüber und nicht inzulange sein, eine positive Mehrheits-  
bildung zu erlangen, die eine ruhige Fortentwicklung des  
staatlichen Lebens verbirgt. Sie würde aber auch  
unverkennbar, da sie sich nur auf die separatistischen  
Elemente der Nationalitäten stützen könnte, nicht in-  
stande sein, den Grundgedanken des *divide et impera*  
zur Geltung zu bringen, und hätte schließlich nur mit  
erhöhten und erweiterten Schwierigkeiten zu rechnen.

Das gemeinsame Interesse von Krone und Nation fordert  
daher die Anbahnung einer Verständigung. Ein mobilisierter  
Ausgleich, der beiden Reichsteilen Raum gibt, sich zu ent-  
wickeln, müßte an die Stelle des 1867er Ausgleichs treten.  
Damit dies geschehen kann, ist naturgemäß ein Kompromiß-  
abschließen zwischen dem österreichischen Regierungs-  
programm, das unter der Bezeichnung eines „Programms  
der Krone“ am 23. September v. J. den Mitgliedern des  
ungarischen Parlaments bekanntgegeben wurde, und dem  
Programm der ungarischen Koalition. Dieser Ausweg könnte  
keine allgroße Schwierigkeiten bieten, da auch die  
oppositionellen Mittelparteien in Ungarn im wesentlichen  
zu dieser Lösung neigen und nur das veto der Krone diese  
Lösung hinauschiebt, obwohl gegen sie vom österreichischen

ungarischen Reichsstandpunkt aus wohl kaum etwas Ernstliches  
eingewendet ist.

Das ungarische Programm, auf das sich die Mittelparteien  
geeinigt haben, zerfällt in drei Gruppen. Die erste umfaßt  
die militärischen Forderungen, die keineswegs als destruktiv  
oder reichstrennend zu bezeichnen sind. Das gemeinsame  
österreichisch-ungarische Kriegsministerium soll vielmehr zunächst  
als oberste Instanz der Einheit der Armee erhalten bleiben,  
auch soll ein gemeinsamer Generalstab die Armeee leiten, und  
die gesamte Armee eine einheitliche Stabeskommandostruktur  
bilden. Nur verlangt Ungarn, daß die ungarischen Legionen  
ungarische Feldzeichen und militärische Abzeichen erhalten,  
auch in Ungarn die schwarz-gelben Farben durch rot-  
weiß-grüne ersetzt werden und daß an Stelle des Doppeladlers  
das ungarische Wappentier tritt — diese Forderungen will die  
Krone bewilligen. Es verlangt aber ferner, daß die  
ungarischen Legionen eine ungarische Kommandostruktur  
erhalten — und hierin will die Krone nicht nach-  
geben. Wie die „Kön. Ztg.“ kürzlich nachgewiesen  
hat, handelt es sich dabei nur um die Magyarisierung  
von 90 Offizieren, also eine Bagatellesache, die für die  
Magyarisierung der ungarischen Armeeabsätze ziemlich  
bedeutungslos ist. Der Widerspruch der Krone leitet sich  
von dem Gesichtspunkte her, daß die Beförderung begehrt  
wird, auch die anderen Beförderungswürden nach dem  
magyarischen Beispiel mit dem Bismarck hervortreten, eine  
besondere Armeeabteilung zu verlangen. Diese Forderung  
wird damit begründet, daß die Krone bereits bestehende  
Forderungen haben laut werden lassen, so daß, wenn erst  
der Anfang mit einem solchen Aufgebändnis gemacht ist,  
dies möglicherweise eine die Einheitlichkeit der Armee ge-  
fährdende Entwicklung einleiten würde. Weder die Hart-  
näckigkeit der Koalition noch der scharfe Widerstand der  
Krone in diesem unerheblichen Punkte scheinen begründet,  
wenn auch anerkannt werden mag, daß letzterer der  
§ 11 des Ausgleichsgesetzes eine verfassungsrechtliche Grund-  
lage zum Widerspruch gibt, da dieser Paragraph die ein-  
heitliche Leitung, Führung und innere Organisation des  
Heeres“ zu Obliegenheiten der Krone macht. Jedenfalls ist  
die Kommandostruktur nicht wert, zu einer Krisis benutzt zu  
werden, die die gesamte Staatsmaschine zum Stillstand  
bringt.

Die weiteren Verhandlungsgebiete sind diplomatischer  
und wirtschaftlicher Natur. Die ungarischen Mittelparteien  
begehren eine praktische Gleichberechtigung Ungarns im aus-  
wärtigen und konsularischen Dienst, mit Benutzung der  
ungarischen Sprache, Wappen und Fahnen. Wichtigere als  
diese dekorativen Forderungen sind indes diejenigen, welche  
auf eine wirtschaftliche und finanzielle Trennung Ungarns  
von Österreich hinauslaufen. Die ungarische Opposition  
beruft sich bei ihrem Wunsch, ein selbständiges Zollgebiet  
und eine eigene unabhängige Finanzwirtschaft führen zu  
wollen, mit Recht auf Bestimmungen des Ausgleichsgesetzes.  
Nur scheint in diesem Falle nicht die strikte Durchführung  
des Rechts zugleich die Einführung des Zweckmäßigsten und  
Nützlichsten zu sein. Zumeist kann indes nicht in Abrede  
gestellt werden, daß die Magyaren selbst am besten die Nach-  
teile, die ihnen die Selbständigkeit des Zollgebietes bringen  
würde, abzuwägen inzulange sein werden. Es ist begreiflich,  
daß sie ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit selbst  
finanzielle Opfer bringen wollen, wenn sie eben dadurch nur  
zugleich die Gewähr erhalten, daß die Finanzmaßnahmen in  
einer Weise verwendet werden, wie sie selbst sie für zweck-  
entsprechend halten. Diesen Forderungen gegenüber setzt  
naturgemäß die österreichische Bureaucratie den schärfsten  
Widerstand entgegen, zumal sie einen wesentlichen Teil ihrer  
Bedeutung einbüßen würde, wenn ihr die Mitverwaltung über

das ungarische Finanzwesen entzogen würde. Eine gerechte  
Anstehung der Ausgleichsparagraphen allein schon würde  
genügen, die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete zu beheben.

Man hat in jüngster Zeit von der Ansicht Fejérvarys ge-  
sprochen, der Koalition das Anerkennen zu machen, die  
Regierungsgewalt auf Grund des status quo zu übernehmen,  
und sich, erst nach ihrer Lebensdauer der Regierungsgewalt  
hinter den Kulissen mit der Krone über ein gemeinschaft-  
liches Programm zu einigen. Es scheint nicht, daß die  
Koalition auf dieses verlässliche Angebot eingehen würde.  
Sie kann nicht ein programmloses Ministerium bilden, nach-  
dem seit Jahren nichts anderes als ihr Programm zur  
Diskussion gelangt hat. Aber auch dieser neue Vorschlag  
bemeistert, daß Fejérvary selbst nachträglich von der Wichtigkeit  
seiner allgemeinen Wahlrechtsforderung, als einer Maßnahme  
für nicht mehr ganz so sehr überzeugend ist wie anfangs, und  
daß er alle anderen möglichen Auswege diesem letzten Vor-  
schlage möchte. Allzulange wird er indes keine Entscheidung  
wohl nicht mehr hinauschieben können. F. W.

## Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

Die Genesung des Fürsten Günther von Schwarz-  
burg-Rudolstadt, welcher seit einem Vierteljahr in Abwala  
weilt, schreitet stetig vorwärts. Die Folgen der Herzaffektion  
treten nur noch in abendlicher Form auf, jedoch in den nächsten  
Wochen völlige Genesung zu erwarten steht. Der Fürst hat  
sich nicht mehr gehen und in Heften und in Heften kommen. Der  
Aufenthalt im Süden ist bis zum Frühjahr bemessen.  
Der bisherige Oberbetscheiter in Deutsch-Schwabenfels,  
Generalantant v. Zetoch, hat sich nach Wiesbaden begeben.

## Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Josef.

Wie das „V.“ aus Wien meldet, richtete Kaiser Wilhelm  
an Kaiser Franz Josef eine besonders herzliche Grußkarte, die  
als Ausdruck der Freundschaft und bewachte, er freue sich, seinen  
Freund und Bundesgenossen in diesem Jahre wieder zu  
sehen.

## Gegen die Schulvorlage.

Die Berliner Schulpdeputation hat in ihrer Sitzung am  
Mittwoch den Schulgesetzentwurf Stellung genommen. Nach  
längerer eingehender Beratung wurde beschlossen, den Antrag  
zu erlassen, in Erwägung zu ziehen, inwieweit sich die in 111 auf  
die Nachteile des Gesetzes im allgemeinen hinweisen,  
beobachtet aber auf die drohenden Nachteile aufmerksam zu machen,  
die Berlin durch das Gesetz erleiden würde.  
Eine Protestversammlung gegen den Volksschulgesetzentwurf, zu  
der Anhänger der bürgerlichen Parteien geladen sind, findet am  
diesem Donnerstag in Königsplatz 10. Pt. statt. Referenten  
sind die Herren Prof. Dr. Dörner, Lehrer Gritt und Adv.  
Rechtswalt Gysing.

Auf eine seltene Korrektur in dem amtlichen Steno-  
gramm der Schulpdeputation wurde aufmerksam gemacht, die  
berühmte Schiffer in Abgeordnetensammlungen macht die „Berliner  
Verzeits.“ aufmerksam. Auch überaus interessanten Bericht  
über den parlamentarischen Bureau hat Herr Schiffer seine  
wichtige Kritik des bürgerlichen Schulgesetzes mit dem Disziplinar-  
inspektor an der Spitze mit den Worten geschlossen: „Der  
Disziplinarinspektor muß aus dem Gesetz heraus.“  
In dem stenographischen Bericht der Sitzung finden sich aber  
diese Worte nicht, es ist vielmehr dafür folgendes Satz zu lesen:  
„Wir haben also nicht nur einen regelmäßig gestellten Diszi-  
plinarinspektor, sondern einen funktionellen Stab mit den Disziplinar-  
inspektoren, deren alle vorhanden eine Erklärung der viel  
unrichtigen Stellung, die dem Disziplinarinspektor in der Schulp-  
organisation eingehend ist.“ Eigentümlich nimmt sich nun  
natürlich folgende Äußerung des Abg. Ernst aus: „Herr  
Stollner Schiffer hat mit einer wohlwollenden Entscheidung

## Heuilleton.

(starkstens verboten)

## Pariser Neujahrsbrief.

Von Blanche Tibiers.

Man sah es dem Strafenbild keineswegs an, daß gerade  
im Weihnachts- resp. Neujahrsmonat das Gesetz, welches  
die Trennung der Kirche vom Staat verhängt, verkündet  
worden. Die Kirchen konnten die Menge der An-  
wärtigen kaum fassen, und die Bestimmungen, die ihrer vor-  
nehmen Außenwelt zufolge noch immer, was Mode und  
Lebensführung betrifft, als Vorbilder gelten, haben auch  
die Seite des Reichsbaues, die in Frankreich  
nicht sehr verbreitet war, in das Herz des Landes, nach  
Paris verpflanzt. Ganz gehörte es trotz der „Los von  
Parisbewegung“ in den weitesten Kreisen zum guten Ton,  
den Weihnachtsabend im Familienkreis beim Weihnachts-  
baum zu verbringen, der dann am Silvesterabend noch  
einmal beleuchtet wird. Man darf sich unter dem Baume  
jedoch nicht unsere salbete deutsche Tanne mit ihrem  
wichtigen Abzweig vorstellen, sondern künstliche, vom  
Aluminaerger gefertigte und vom Parfümerie mit Duft  
ausgestattete Bäume, die durch in bunten Glasförmern  
stehende Flammen erhellt sind.

Unter diesen gebräuchlichsten mit Schwären behängten  
Bäumen liegen bloß keine Aufmerksamkeit für die  
Familienmitglieder, sondern Bilderbäume, Bombonaden-  
Bäume usw., denn der eigentliche Weihnachtsbaum findet  
erst am Silvesterabend statt. In den Modeschritten  
für die Gelegenheiten gehören neuer in erster Reihe  
weisse, wie z. B. Nymphen, Rosen und Affen. Am meisten  
en vogue ist der langhaarige Affenputzler, der sich  
durch seine Kleinheit und eine wappähnliche Nase aus-  
zeichnet, oder ein englischer Terrier. Japanische

Nachtigallen, australische Turzpals werden zumeist paarweise  
gekauft, und eine derartige Neujahrsgabe ist oft kost-  
spieliger als eines der unangenehmsten Schmuckstücke, die in den  
Auslagen der Juweliers funken.

Bei diesen locken goldene Toiletteartikel die Kennerin;  
sie bewundert sachverständig die zusammenlegbare Bürste  
mit kinnelnden Vorlehen und goldornamentiertem Rücken  
und kann sich von dem Anblick eines juwelenbesetzten  
goldenen Porzells aus der Empirie nicht trennen. Eine  
andere große Dame erhebt den goldenen, edelsteinbesetzten  
Schuhspitzer für ihren Toiletteartikel. Mit goldenen,  
zünftigen Jagartentischen, in denen sich ein Spiegel ver-  
birgt, oder mit einem Silberbüchsen aus Gold, in dem  
Ruber und Schminke Platz finden, darf sich in Paris ein  
Herr ganz ungeniert bei jeder seinen Dame einfinden. Für  
die jungen Mädchen gibt es reizende Halsketten aus nich-  
weissen, blauroten oder zartgrünen Quarzen oder sarte  
Kolliers aus feingelochten, roten Gold, von denen  
tropfenförmig leuchtende Halbedelsteine herabhängen. Und  
man darf neben diesen, für die Kinder des Reichstums be-  
stimmten Auslagen, steht der Camelot und preist seine  
tangenden Stoffe, seine Papierrosen, seine Ledertaschen  
schneidenden und seine automatischen Handwirker für fünf  
Sous an.

Auf den Boulevard reißt sich bis nach dem Drei-  
hundertjahr eine Vertreterin die andere, in denen reißen-  
weise bloß glitzernde oder rote Vorhänge, Honigkuchen  
in Form eines Schneinens, hauptsächlich aber „nougat“,  
eine mit Mandeln gefüllte Feder, selbsteben werden. In  
einer zweiten Reihe von Wuden sieht man nur billiges  
Fingerringelzeug, während die feinen Spielwaren meistens  
zur Neujahrszeit in den großen Modewarenhäusern die  
Wände der Passanten an sich ziehen. Um aber auf den  
Wundenmarkt zurückzukommen, so eröffnet sich uns plötzlich ein  
Karree, wo nur die Erzeugnisse der Schlächer, bündchen-  
und blumengeschmückte Schinken, Bretel und Wäscher, die

sogenannten „soucis“ zu haben sind, welche letztere, mit  
saurem Wein befüllt, für Hunderttausende das Silvester-  
mahl geben. Auch der Hopschlächer fehlt nicht am Platz;  
offen und erlich macht er die Proveniens seiner in Staniol-  
papier gebüllten Erzeugnisse, durch einen in Holz geformten,  
bemalten Pferdekopf, der seine Rude an der Außenwand  
ziert, kenntlich.

Gegenüber der Materie hat aber auch der Geist sein  
Lager. Wir meinen nicht den Alkohol, sondern die Wuden  
der Bouquins, die nur alte Auflagen zusammenkaufen,  
um sie zu Weihnachts- und Neujahr an den Mann zu  
bringen. Neben Widerbüchern in farbenprägenden Ein-  
bänden, deren Inhalt oft aus drei Wältern besteht, liegen  
vergilte Bände von Paul de Kock und Eugén Sue. Ge-  
dichterbändchen wie geleierter Poeten und zweideutige  
Schmud- und Polyporengame zu ungläublich billigen  
Preisen, die aber immer noch in Anbetracht des Gebotenen  
überabst sind, wollen à tout prix ihre Leier finden.

Umweit davon find geringere, aber immer der Mode ent-  
sprechende Parfüren aufgefäpelt, Kruganarrangements  
in violetten und röllichen Nuancen, schreieude Herren-  
travatten, in denen die mit salchem Stein besetzte Spiel-  
nadel nicht fehlt. Da Sa a r s t m u d die große Mode ist, so  
ist auch in der Wude die Wandvoilette, die zu beiden Seiten  
der Stirn angebracht wird, ebenso vertreten, wie die  
Louis XV.-Schleife aus billigem Samt auf Draht, die mit  
schillernden Nittern besetzt ist. Winterhüte, die eine Wunde  
bilden, werden für sehr Sous feilgeboten und wia oder  
blaugelbe, durchbrochene Strümpfe, für fünfundsiebenzig;  
eine Federboa tut keinen ganzen Franz, und für alle diese  
Herlichkeiten gibt es schmeichliche Wünsche, die aber trotz  
ihrer Geringfügigkeit nicht immer Befriedigung finden.

Für ein anderes Publikum ist die Aufmachung der Schau-  
fenster berechnet. Da raus ist die Menge, um die auf  
Glas getriebenen, von elektrischen Flammen beleuchteten  
Nachtigallen zu bewundern und zu befrachten. Es genügt



bedeutend konstatieren. Diese Nachricht ist sehr wichtig nach der Verordnung vom 24. Dezember kann die erste Beschlusnahme der Reichsversammlung stattfinden, nachdem der Entwurf der Verfassung der Reichsversammlung auf der Grundlage der von dem Reichspräsidenten und dem Reichstag der Reichsversammlung beschlossenen Verfassungsentwürfe vorliegt.

Der Reichstag hat am 10. März 1906 beschlossen, dass die Reichsversammlung am 15. März 1906 in Weimar einberufen werden soll. Die Reichsversammlung wird am 15. März 1906 in Weimar einberufen werden. Die Reichsversammlung wird am 15. März 1906 in Weimar einberufen werden.

**Die russische Kammer**  
benötigt in der nächsten Sitzung einen Kredit von 67,900,000 Rubel. Die Kammer wird sich am 24. d. M.

**Verkehrsverhandlungen.**

**Schiffahrt.** 1. Halle, 3. Januar.

Einige fortgesetzte Bemerkungen hatte sich der Reichstag am 3. d. M. über die Reichsversammlung gemacht. Der Reichstag hat am 3. d. M. über die Reichsversammlung gemacht. Der Reichstag hat am 3. d. M. über die Reichsversammlung gemacht.

Zwei rote Würchen wurden an der Strafanstalt in Naumburg in dem am 13. Januar 1888 geborenen Louis S. ... Die Reichsversammlung wird am 15. März 1906 in Weimar einberufen werden.

Vor dem Schöffengericht Wünnich I begann der Verleumdungsprozess der Redakteure und Verleger der 'Wartburg'. Die Reichsversammlung wird am 15. März 1906 in Weimar einberufen werden.

**Provinzialnachrichten.**

**Waldenburg, 4. Jan.** Zum Brande der 'Flora' stellt die 'Waldenburg. Ztg.' weiter mit. Die Reichsversammlung wird am 15. März 1906 in Weimar einberufen werden.

Nach der Flammen gemessen; auch sollen einige hundert Mark, die sie sich erlösen hatten, bei dem Brande verschwunden sein. Die Reichsversammlung wird am 15. März 1906 in Weimar einberufen werden.

**Seitig, 4. Jan.** Der erkrankte Herr Schirmer in ... Die Reichsversammlung wird am 15. März 1906 in Weimar einberufen werden.

**Wersburg, 4. Jan.** Personalnotizen. Der ... Die Reichsversammlung wird am 15. März 1906 in Weimar einberufen werden.

**Wersburg, 3. Jan.** (Uebersetzungen) wurde auf dem ... Die Reichsversammlung wird am 15. März 1906 in Weimar einberufen werden.

**Wersburg, 4. Jan.** Die Gasanstalt ist am ... Die Reichsversammlung wird am 15. März 1906 in Weimar einberufen werden.

**Wersburg, 4. Jan.** (Selbstmord). Gestorbene ... Die Reichsversammlung wird am 15. März 1906 in Weimar einberufen werden.

**Wersburg, 4. Jan.** (Wutbergsturz). Ein Herr ... Die Reichsversammlung wird am 15. März 1906 in Weimar einberufen werden.

**Wersburg, 4. Jan.** (Wasserbrand). In dem ... Die Reichsversammlung wird am 15. März 1906 in Weimar einberufen werden.

und ein Fallentwurf: Bewerber bitten bei ... Die Reichsversammlung wird am 15. März 1906 in Weimar einberufen werden.

**Wernitzsch, 4. Jan.** (Ein Bringenkonst.). Die ... Die Reichsversammlung wird am 15. März 1906 in Weimar einberufen werden.

**Wernitzsch, 4. Jan.** (Selbstmord). Gestorbene ... Die Reichsversammlung wird am 15. März 1906 in Weimar einberufen werden.

**Wernitzsch, 4. Jan.** (Wutbergsturz). Ein Herr ... Die Reichsversammlung wird am 15. März 1906 in Weimar einberufen werden.

**Wernitzsch, 4. Jan.** (Wasserbrand). In dem ... Die Reichsversammlung wird am 15. März 1906 in Weimar einberufen werden.

**Wetter-Aussichten**

auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte (Standort verboten.)  
5. Januar: Feuchthal, Niederschlag, frostig.  
6. Januar: Regen, Nebel, viel, Niederschlag.  
7. Januar: Regen, Nebel, viel, Niederschlag.  
8. Januar: Regen, Nebel, viel, Niederschlag.  
9. Januar: Windig, Frost, windig.  
10. Januar: Abwechselnd, feuchthal, windig.

**Meteorologische Station in Oker.**

Table with 2 columns: Station name and date. Rows include measurements for 3. Jan. (0 Uhr 12 Uhr ab) and 4. Jan. (7 Uhr 12 Uhr mrg).

Station der Temperatur am 3. Jan.: -25.4 C.  
Minimum in der Nacht vom 3. Jan. 4. Jan.: -6.4 C.  
Niederschlag am 4. Jan. 7 Uhr morgens: 0.0 mm.

Station: Oker Sonne.  
Beratungswort für den politischen Teil: Dr. Fritz Schmidt; für den literarischen Teil: Dr. Fritz Schmidt; für den wissenschaftlichen Teil: Dr. Fritz Schmidt.

— Diese Nummer umfasst 12 Seiten. —



